

Die letzte Bastion des Widerstands in Iran

Trotz der Gewalt des Regimes reissen in Zahedan die Proteste nicht ab

ULRICH VON SCHWERIN

Mehr als vier Monate nach Beginn der Proteste in Iran hat das Regime mit brutaler Repression den Aufstand gegen die Ayatollahs in den meisten Städten erstickt. Nur in Zahedan, einer entlegenen Provinzstadt im armen Südosten des Landes, gehen noch immer jeden Freitag Tausende Demonstranten auf die Strasse. Woche für Woche formiert sich nach dem Freitagsgebet ein Protestzug vor der Makki-Moschee. Und Woche für Woche fordert in der Moschee der Prediger Mawlana Abdulhamid ein Ende der Repression, eine Reform des Systems und Gerechtigkeit für die getöteten Demonstranten.

«Werft Kritiker nicht ins Gefängnis! Kritik ist die Kur für die Probleme des Landes», sagte der Geistliche in seiner jüngsten Freitagspredigt am 3. Februar. Das grösste Problem Irans sei, dass keine Kritik zugelassen werde. Schriftsteller und Journalisten müssten frei darüber berichten können. «Eine Regierung hat keinen Wert, wenn das Volk sie ablehnt. Die Rolle der Regierung ist es, dem Volk zu dienen», mahnte der graubärtige Gelehrte, der seit 1987 die Makki-Moschee leitet, die grösste sunnitische Moschee des Landes.

Zahedan ist die Hauptstadt der Provinz Sistan und Belutschistan. Die Wüstenregion an der Grenze zu Pakistan und Afghanistan ist die ärmste und am schwächsten entwickelte Provinz des Landes. Während die Bevölkerung Irans überwiegend schiitischer Konfession ist, sind die meisten Belutschen Sunniten. Bei den Protesten in der Provinz kommt eine spezifische ethnisch-religiöse Komponente zu dem allgemeinen Unmut über das Regime und die desaströse soziale Lage.

Belutschen verstummen nicht

Ebenso wie die Kurden, die zweite grosse sunnitische Volksgruppe in Iran, klagen auch die Belutschen seit langem über Diskriminierung und Vernachlässigung durch die Regierung. Laut Schätzungen leben bis zu 70 Prozent der Belutschen unter der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit erreicht 60 Prozent. Viele Bewohner der dünnbesiedelten Provinz verdienen ihr Geld mit dem Schmuggel von Drogen, Treibstoff und anderen Waren nach Afghanistan und Pakistan.

Bei der Protestwelle, die Mitte September durch den Tod der jungen Kurdin Mahsa Amini in der Haft der Moralpolizei in Teheran ausgelöst worden war, stehen die Kurden und die Belutschen



Die sunnitische Makki-Moschee in Zahedan ist zu einem Zentrum des Widerstands gegen das iranische Regime geworden. S. DANESHVAR

in der ersten Reihe. Während die Proteste in den kurdischen Gebieten im Nordwesten aber durch das gewaltsame Durchgreifen der Revolutionswächter weitgehend zum Erliegen gekommen sind, ist es dem Regime bisher nicht gelungen, die Belutschen zum Verstummen zu bringen.

Auch am vergangenen Freitag riefen Hunderte Demonstranten auf den Strassen von Zahedan Parolen gegen den Revolutionsführer Ayatollah Khamenei und das System der Islamischen Republik. Im Januar hatten die Sicherheitskräfte ihre Präsenz in der Stadt verschärft. Vor dem Freitagsgebet gab es überall Kontrollposten, an denen zahlreiche Menschen festgenommen wurden. Ein erneutes Blutbad, wie es manche Beobachter befürchtet hatten, blieb am Ende aber aus.

Das Regime hat womöglich selber eingesehen, dass ein allzu brutales Durchgreifen die Proteste nur weiter anfechtet. Am 30. September hatten die Sicherheitskräfte in Zahedan ein Maskaker angerichtet, als es nach dem Freitagsgebet in der Makki-Moschee vor einer lokalen Polizeiwache zu Protesten gekommen war. An dem Tag, der als «blutiger Freitag» in die Geschichte

einging, feuerten bewaffnete Männer von den Dächern wahllos in die Menge. Allein an diesem Tag wurden um die Moschee bei Zusammenstössen rund hundert Menschen getötet.

Der Imam Mawlana Abdulhamid wird seither nicht müde, Gerechtigkeit für die Opfer und die Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Doch er ging noch weiter: Der 75-jährige Geistliche hat sich nicht nur hinter die Forderungen der Frauen und der Jugend nach mehr Freiheit gestellt, sondern er stellt



NZZ / wsv

auch das herrschende System selbst in Frage. So verlangte er in einer Predigt Anfang November eine Revision der Verfassung und eine Volksabstimmung über das politische System.

Bisher hat Ayatollah Khamenei es nicht gewagt, den rebellischen Gelehrten festnehmen zu lassen. Stattdessen soll er den Geheimdienst angewiesen haben, Abdulhamids Autorität in der Öffentlichkeit zu untergraben. Derweil hat sich die Justiz nicht gescheut, andere sunnitische Geistliche zu inhaftieren, unter ihnen Abdulmajid Moradzei, ein Vertrauter von Abdulhamid. Auch in Kurdistan wurden Ende Januar mehrere sunnitische Mullahs festgenommen.

Anfang Dezember wurde zudem der bekannte sunnitische Geistliche Mawlana Abdulwahid Rigi in Khash von Unbekannten entführt und ermordet. Die Regierung warf in der Folge ausländischen Kräften vor, mit dem Mord konfessionelle Spannungen schüren zu wollen. Das Regime versucht schon seit Anfang der Proteste, diese als ausländische Verschwörung darzustellen, mit der Iran in einen Bürgerkrieg gestürzt werden sollte. Es bleibt aber der Verdacht, dass das Regime selbst hinter dem Mord

an Rigi steckt, um damit andere sunnitische Geistliche einzuschüchtern.

Dass das Mullah-Regime von islamischen Geistlichen herausgefordert wird, ist nicht neu. Grosse Teile des schiitischen Klerus haben die Legitimität des Systems der Herrschaft des Rechtsgelehrten (velayat-e fakih) nie akzeptiert, weil aus ihrer Sicht nur der Erlöser (mahdi) zu herrschen legitimiert ist. Zudem distanzieren sich viele Geistliche, die sich an der Revolution 1979 beteiligt hatten, später von dem Regime. Dissidenten wie Hossein-Ali Montazeri, Abdullah Nuri oder Hassan Yusefi Eshkewari forderten wortstark Reformen.

Scharfe Kritik

Das Regime tat sich oft schwer mit der Kritik aus den eigenen Reihen. Viele der geistlichen Kritiker wurden aber letztlich ins Exil gezwungen, ins Gefängnis geworfen oder unter Hausarrest gestellt. Das speziell geschaffene Sondergericht für die Geistlichkeit hat über die Jahrzehnte Tausende Religionsgelehrte verurteilt. Mawlana Abdulhamid weiss also, was ihm droht. Bis jetzt scheint er aber darauf zu vertrauen, dass ihn seine prominente Stellung vor Strafe schützt.

«Werft die Jungen nicht in Gefängnis», forderte Abdulhamid in seiner Predigt vom 20. Januar. Vielmehr solle die Regierung den Protestierenden zuhören. «Wenn sie recht haben, akzeptiert ihre Forderungen. Wenn sie unrecht haben, überzeugt sie, aber foltert und hängt sie nicht.» 80 oder 90 Jahre alte Männer sollten nicht für die Jugend entscheiden, sagte Abdulhamid in einer kaum verdeckten Anspielung auf den 83-jährigen Khamenei. Bislang deutet nichts darauf hin, dass der greise Ayatollah darauf eingehen würde.

NZZ Live

Kampf für die Freiheit:

Die Revolution in Iran
Mittwoch, 8. März, Kaufleuten Zürich und online

Die Proteste in Iran erreichen ein Ausmass wie seit Ausrufung der Islamischen Republik nicht mehr. Über 18 000 Menschen wurden inhaftiert, mehr als 500 getötet. Kann die Protestbewegung zum Erfolg führen? Was bedeutet sie für die Zukunft des Landes?

Tickets unter nzz.ch/live

Neue Identitätskarten ab März

Gleiches Design wie der Pass

ela./ase. · Nur wenige Monate nach dem Pass ist nun auch die Schweizer Identitätskarte, kurz: ID, sicherheitstechnisch auf den neusten Stand gebracht worden. Dies hat das Bundesamt für Polizei (Fedpol) am Montag mitgeteilt. Ab dem 3. März wird die neue ID ausgestellt, wobei die bisherigen Karten ihre Gültigkeit bis zum jeweiligen Ablaufdatum behalten werden.

Auch der Preis bleibt gleich wie bis anhin. Erwachsene bezahlen für die Identitätskarte 65 Franken, Jugendliche bis 18 Jahre 30 Franken. Derweil kostet ein neuer Pass Erwachsene 140 Franken, im Paket mit der ID nur 148 Franken. Für Jugendliche kostet der Pass 60 Franken, das Kombi-Paket 68 Franken.

Einige Sicherheitselemente des neuen Ausweisdokuments sind im Material enthalten, andere werden bei der Kartenherstellung oder auch bei der Personalisierung der Karte erzeugt. Wie das Fedpol schreibt, bildet zum ersten Mal in der Schweizer Ausweisgeschichte die neue ID zusammen mit dem neuen Reisepass eine Ausweisfamilie mit einheitlichem Design. Die Themen Berge und Wasser sind allgegenwärtig.

Personen, die eine neue Identitätskarte beziehen möchten, können diese ab dem 3. März 2023 bei einem Passbüro oder bei der zuständigen Schweizer Vertretung im Ausland beantragen. In einigen Kantonen stellen auch die Wohnsitzelemente die Identitätskarten aus. Kombi-Angebote, die einen Reisepass und eine Identitätskarte umfassen, können in den kantonalen Passbüros bestellt werden. Die Identitätskarte für Erwachsene ist 10 Jahre gültig, jene für Jugendliche bis 18 Jahre behält ihre Gültigkeit während 5 Jahren.

Engpass beim Methadon bald überwunden

St. Galler Firma steigt in die Produktion ein

lip./sgr. · Die Ostschweizer Pharmafirma Streuli plant die Herstellung von Methadon-Kapseln im grossen Stil. «Die Vorbereitungen für die notfallmässige Produktion von hochdosiertem Methadon laufen auf Hochtouren. Sobald das im Verlauf der nächsten Woche erwartete Material bei uns eingetroffen ist, starten wir die Herstellung», liess das Pharmaunternehmen am Wochenende gegenüber Radio SRF verlauten. Das Ziel sei, die Lücke in der Versorgung ab Ende Februar schliessen zu können. Das Schweizerische Heilmittelinstitut Swissmedic bestätigte die Lösung mit Streuli. Noch offen ist, ob die Krankenkassen die Kosten, die bei Kapseln in der Regel höher sind, übernehmen werden.

Swissmedic hat dem Aargauer Unternehmen, das bislang die Methadon-Versorgung der Schweiz gewährleistet hatte, im Dezember die Betriebsbewilligung entzogen. Der Firmenbesitzer war zuvor wegen Verstössen gegen das Chemie-, das Heilmittel- und das Betäubungsmittelgesetz verurteilt worden. Die schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin reagierte erfreut auf die Nachricht, dass die Versorgungslücke geschlossen wird. Die Produktion von Methadon-Kapseln sei aber lediglich eine Übergangslösung. Die Produktion läuft über die sogenannte Magistralrezeptur, dank der Ärzte auch einer Apotheke ohne die entsprechende Swissmedic-Zulassung die Herstellung eines Wirkstoffes in Auftrag geben können. Das Verfahren ist eigentlich für spezialisierte Einzelanfertigungen gedacht und nicht für die Grossproduktion. Aufwand und Kosten sind deshalb bedeutend höher. Offen ist laut Suchtärzten deshalb auch, ob die Krankenkassen die Kosten für die Methadon-Kapseln voll übernehmen werden.



Erschreckend ist nicht nur die Zahl der Nachrichten, die Sicherheitspolitikerinnen und -experten erhalten. Krass ist auch die Brutalität vieler Texte. ILLUSTRATION EUGEN U. FLECKENSTEIN

Als «Panzerweib» beschimpft und als «kriegsgeiles Ding» bedroht

Äussern sich Politikerinnen zu Militärfragen, hagelt es übelste Attacken

DANIEL GERNY

Mit einem Vorschlag zum Export von Kriegsmaterial im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg kurbelte die Aargauer FDP-Nationalrätin Maja Riniker die Diskussion in den letzten Tagen kräftig an. Auch Rinikers Ratskollegin, die SP-Nationalrätin Franziska Roth, äusserte sich vergangene Woche zwei Mal prominent zum Themenkomplex. Armee- und Rüstungsfragen stehen zurzeit hoch im Kurs, und Frauen prägen die Debatte so stark mit wie nie zuvor. Nicht nur steht an der Spitze des Verteidigungsdepartements mit Viola Amerherd eine Frau. Auch in der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK), der Riniker und Roth angehören, geben die Frauen häufig den Takt vor.

Doch kaum äussern sich die Politikerinnen zu solchen Themen öffentlich, werden sie mit Mails bombardiert, in denen sie auf übelste Art beschimpft, beleidigt und teilweise bedroht werden. Es sind Erfahrungen, wie sie viele Sicherheitspolitikerinnen machen: Mehrere Frauen aus verschiedenen Parteien, mit denen die NZZ gesprochen hat, berichten übereinstimmend von teilweise extremen Anfeindungen, sobald es um Militärfragen geht.

Die Familie ausgeleuchtet

Erschreckend ist dabei nicht nur die Zahl der Mails und Nachrichten. Krass ist vor allem die Intensität und Brutalität vieler Texte. Den Frauen schlägt regelmässig eine Welle von Hass entgegen, nicht selten unterlegt mit sexualisierten Gewaltphantasien. Sie werden als lügende Huren, Panzerweiber, Schlampen des Teufels oder kriegsgeile Dinger bezeichnet, die man nackt ausziehen, im Kriegsgebiet aussetzen oder erschossen müsse. Ihnen wird der Tod gewünscht – nicht einfach so, sondern begleitet von Vergewaltigung, Waffengewalt oder Folter. Manche der Formulierungen sind derart extrem, dass sie hier nicht wiedergegeben werden.

Besonders belastend seien die Drohungen, erzählen Roth und Riniker: Nie werde ganz klar, was wirklich dahinterstecke. Dass die Furcht durchaus berechtigt ist, zeigt ein Fall, den die SP-Sicherheitspolitikerin Priska Seiler Graf erlebt hat. In einer Mail wurde sie davor gewarnt, sie könne sich ihres Lebens nie

mehr sicher sein. Seiler Graf erstattete Anzeige, es kam zum Strafbefehl. Im Haus des Täters, eines pensionierten Arztes, fand die Polizei mehrere unregistrierte Schusswaffen. Eine andere Politikerin erzählt von einer Nachricht, aus der hervorgegangen sei, dass der Täter ihr familiäres Umfeld ausgeleuchtet habe.

Drohungen gegen Politikerinnen und Politiker nehmen seit einiger Zeit zu – ein Phänomen, das die Behörden intensiv beschäftigt: So stellte das Bundesamt für Polizei (Fedpol) während der Corona-Krise eine Verdreifachung von Drohungen gegen Magistrats- und Amtspersonen fest. Der Krieg und die damit zusammenhängenden Themen scheinen eine neue Welle auszulösen. Franziska Roth erkennt dabei Parallelen: «Corona und der Ukraine-Krieg sind beides Themen, die stark polarisieren und den Leuten Angst machen. Für mich ist nicht erstaunlich, dass dies zu starken Reaktionen führt.»

Auch Männer im Visier

So bemerkt auch der SVP-Nationalrat Mauro Tuena eine Zunahme von Beschimpfungen, Drohungen und Sachbeschädigungen, seit der Ukraine-Krieg im Gang ist und er die Sicherheitspolitische Kommission präsidiert. Die grüne Sicherheitspolitikerin Marianna Schlatter bestätigt den inhaltlichen Konnex: Bei der Debatte über Tempo 30 werde sie höchstens als Ideologin oder autofeindliche Grüne beschimpft. «Dass ich aber derart unter der Gürtellinie angegriffen werde, kommt praktisch nur bei Waffen- und Armeefragen vor.»

Ausschlaggebend sei das Thema, so folgert Tuena – und glaubt deshalb nicht an geschlechterspezifische Unterschiede. Doch es ist offenkundig, dass Politikerinnen in besonderer Weise angefeindet werden. So gibt Thomas Rechsteiner, SIK-Mitglied aus Appenzel Innerhoden, an, im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Fragen nur selten negative Reaktionen zu erhalten und noch nie bedroht worden zu sein. Drohungen habe er nur als Regierungsrat und vor allem während Corona vereinzelte erlebt, «doch daraus ist keine grosse Geschichte zu machen», Tuena sagt, mit sexualisierten Gewaltphantasien sei er noch nie konfrontiert gewesen.

So untergeordnet der Aspekt der sexualisierten Attacken auf den ersten

Blick erscheint – er ist auffällig und bezeichnend. Während Männer als Politiker angegriffen werden, stehen Politikerinnen oft wegen ihres Geschlechts im Visier. Pointiert hat dies der Kölner Professor für internationale Politik Carlo Masala formuliert, der angesichts des Ukraine-Kriegs in Deutschland und der Schweiz ein fragter Interviewpartner ist. Es gebe definitiv einen Unterschied zwischen ihm und weiblichen Fachleuten, konstatierte er vor einigen Monaten in der «Zeit»: «Uns allen wird die Kompetenz abgesprochen, wir werden beleidigt, aber ich kriege den ganzen sexistischen Scheissdreck nicht ab.»

Klischees herausgefordert

Auch in Deutschland sind Frauen in der Sicherheitspolitik derzeit stark engagiert. Da sind einerseits Politikerinnen wie Ausseministerin Annalena Baerbock oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag. Und andererseits Expertinnen wie Claudia Major, die als Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik zu den renommiertesten Fachleuten gehört. Verteidigungsexpertinnen forderten Geschlechterklischees heraus, konstatierte Major kürzlich: «In solchen Anfeindungen schwingt oft mit, dass weibliche Themen unnatürlich sei, als wäre das nichts für Frauen, als beherrschten sie diese Themen nicht, während Männer das wirklich wissen.»

Besteht also ein Zusammenhang zwischen sexistischen und sexualisierten Angriffen abseits der Öffentlichkeit und der Art, wie Frauen in sicherheitspolitischen Debatten begegnet wird? Dass der FDP-Präsident Thierry Burkart seine Parteikollegin Riniker nach deren Wortmeldung zurückgepfiffen und gemassregelt hat, weil der Vorstoss nicht mit ihm abgesprochen gewesen sei, kommt bei den Frauen jedoch nicht an. Wenn Politikerinnen paternalistisch geschulmeistert würden, sei dies ungewollt eine Legitimierung für frauenfeindliche Attacken im Netz und in Zuschriften, meint Schlatter. Sie selber musste sich im Parlament schon die Frage gefallen lassen, was sie in der Sicherheitspolitischen Kommission überhaupt zu suchen habe.

Die Sicherheitspolitikerinnen werden nach eigenen Aussagen «riehenweise von Herren belehrt» (Riniker) und auf die fehlenden Erfahrungen im Militärdienst hingewiesen, nicht nur von anonymen Briefschreibern, sondern auch von Armeekadern oder durch Kollegen in Sitzungen. Subtil werde dabei mitunter auch das militärische Beziehungsnetz ins Spiel gebracht. So werde den Frauen signalisiert, dass sie nicht wirklich dazugehörten. Derweil verwiesen Männer, die vor Jahrzehnten im Militär gedient hätten, «mit gestählter Brust» auf ihre Diensttage, als würde dies sicherheitspolitische Kompetenz bedeuten, meint Seiler Graf. «Es ist, wie wenn man alle von der Bildungspolitik ausschliessen wollte, die nie an einer Schule gearbeitet haben.» Frauen aus dem linken Lager sind besonders betroffen – rot plus Frau plus Militär scheint für manche Zeitgenossen eine geradezu toxische Mischung zu sein.

«Jetzt sende ich nichts mehr»

Roth will allerdings keinen direkten Bogen von solemchem Politikergehabe zu oftmals anonymen Hass- und Drohboten in der Mailbox schlagen: «Sprüche und andere Sichtweisen muss man als Politikerin aushalten können. Da bin ich total entspannt.» Auch Riniker betont, bei solchen Dingen falle es ihr nicht schwer, darüberzustehen oder sich mit Argumenten durchzusetzen. Keinesfalls wollen die Politikerinnen das Phänomen überzeichnen und sich so in die Opferrolle drängen lassen. Schlatter fragt sich, was der News-Wert einer solchen Geschichte sei. «Jetzt sende ich nichts mehr», schreibt Riniker, nachdem sie der NZZ auf Anfrage einige Beispiele von Hass-Mails zugesickt hat: «Ich habe auch positive und motivierende Rückmeldungen bekommen. Das tut gut.»

Denn das ist das Perfide an sexistischen und sexualisierten Angriffen: Politikerinnen, die zu offen darüber sprechen sei, kommt bei den Frauen jedoch nicht an. Wenn Politikerinnen paternalistisch geschulmeistert würden, sei dies ungewollt eine Legitimierung für frauenfeindliche Attacken im Netz und in Zuschriften, meint Schlatter. Sie selber musste sich im Parlament schon die Frage gefallen lassen, was sie in der Sicherheitspolitischen Kommission überhaupt zu suchen habe.

Keine Einsicht, keine Rücksicht

Hundert Tage nach ihrem Abgang bricht die gescheiterte britische Premierministerin Liz Truss ihr Schweigen

NIKLAUS NUSPLIGER, LONDON

Die meisten Briten würden die Amtszeit von Liz Truss wohl am liebsten vergessen. Mit ihren radikalen und durch neue Schulden zu finanzierenden Steuerenkunftsplänen schreckte sie die Investoren derart auf, dass das Pfund zu einer Achterbahnfahrt ansetzte und die Bank of England notfallmässig am Markt intervenieren musste. Nach nur 45 Tagen im Amt hatte Truss ihre Glaubwürdigkeit verspielt, weshalb ihr nur noch der Rücktritt blieb.

Wenig Rückhalt in Fraktion

Hundert Tage nach ihrem Auszug aus der Downing Street Nummer 10 hat die gescheiterte Premierministerin ihr Schweigen gebrochen. Zuerst veröffentlichte sie einen Essay im «Sunday Telegraph», am Montag doppelte sie mit einem Interview in der TV-Sendung des konservativen Magazins «The Spectator» nach. Dabei gab Truss zwar Fehler in der Kommunikation zu. Doch ihre Politik hält sie im Grundsatz nach wie vor für richtig.

Anstatt Verantwortung zu übernehmen, klagt sie über den Einfluss des linken Establishments und der wirtschaftspolitischen Orthodoxie an den Finanzmärkten. Sie betont, ihr Mandat als Partei- und Regierungschefin sei ein «System» und von «Kräften» innerhalb der Verwaltung missachtet worden. Zudem wirft sie dem Office for Budget Responsibility (OBR), dem unabhängigen Wächter über die Staatsfinanzen, vor, den Regierungen eine «Zwangsjacke» überzustülpen. Das OBR hatte Truss und ihren Schatzkanzler Kwasi Kwarteng vor den Folgen der ungedeckten Steuerenkunftsungen gewarnt.

Doch was bezweckt Truss mit ihren Stellungnahmen? Ein Comeback als Partei- und Regierungschefin ist illusorisch. In Umfragen äussern gerade noch zehn Prozent der Bevölkerung eine positive Meinung zu Truss. Eine Tory-Abgeordnete erklärte jüngst im vertraulichen Gespräch, die Unterstützer von Truss innerhalb der Fraktion liessen sich nur noch an einer Hand abzählen. Manche Tories sehen Truss nun eher als Mahnmal, das die Partei vor einem allzu radikalen Kurs be-



Liz Truss
Ehemalige Premierministerin

wahren soll – ähnlich, wie Jeremy Corbyn innerhalb von Labour für das Scheitern einer extremen Linkspolitik steht.

Truss' Nachfolger Rishi Sunak und sein Schatzkanzler Jeremy Hunt hatten im Herbst Steuererhöhungen ankündigen müssen, um die Märkte davon zu überzeugen, dass Grossbritannien auf den Pfad haushaltspolitischer Verantwortung zu rückt. Nun reißt sich Truss in die Reihen jener Tories ein, die Hunt mit Blick auf das Budget vom März bereits wieder zu Steuerenkunftsungen bewegen wollen. Da mit befreundet sei die Spannungen innerhalb der ohnehin zerstrittenen Tories und schadet ihrem Nachfolger.

Entsprechend schlecht kam Truss' Stellungnahme in Tory-Kreisen an. Der Wirtschaftsminister Grant Shapps, der unter Truss noch als Innenminister gedient hatte, warf ihr in einem Interview mit der BBC Realitätsverweigerung vor. Truss habe zwar recht, dass die Steuerlast mittelfristig sinken müsse. Doch kurzfristig beisse sich ihre Forderung mit der Realität der exorbitanten Kosten der Pandemie, des Ukraine-Kriegs sowie der hohen Energiepreise und der Inflation.

Platz in den Geschichtsbüchern

Bissig fiel auch die Reaktion von Paul Goodman aus. «Anstatt ihr Scheitern einzugestehen und sich auf die Zukunft zu konzentrieren, streitet sie alles ab und deutet die Vergangenheit um», schrieb der einflussreiche Redaktor der Parteizeitschrift «Conservative Home». Der ehemalige Schatzkanzler George Osborne kritisierte derweil Truss' Aussage, niemand habe sie davor gewarnt, dass ihr Budget wegen exponierter Pensionskassen die Finanzstabilität gefähr-

den könnte. «Sie bemühte sich ja richtiggehend darum, alle Warnungen zu überhören», meinte Osborne.

Sunak steht für eine solide Haushaltspolitik und will vor inflationären Steuerenkunftsungen die Teuerung in den Griff bekommen. Mit Truss' Stellungnahmen intensiviert sich innerhalb der Konservativen die Debatte um die Frage, ob Grossbritannien nicht radikalere Reformen braucht, um Wachstum zu generieren. Doch ob die gescheiterte Premierministerin angesichts ihrer tiefen Popularität ihren libertären Gesinnungsgeossen einen Dienst erweist, ist fraglich.

Der «Guardian» berichtete, Truss vergleiche sich in privaten Gesprächen mit dem amerikanischen Republikaner Barry Goldwater, der in der Präsidentschaftswahl 1964 haushoch gegen Lyndon Johnson verlor, aber später als ideologischer Wegbegleiter Ronald Reagans bezeichnet wurde. Offenbar sucht Truss auch für sich selber einen vorteilhafteren Platz in den Geschichtsbüchern – wofür sie unmittelbaren Schaden für ihre Partei in Kauf zu nehmen gewillt ist.